

BESCHLUSSVORLAGE V0984/19 öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Soziales
	Kostenstelle (UA)	4000
	Amtsleiter/in	Einödshofer, Christine
	Telefon	3 05-16 20
	Telefax	3 05-16 29
E-Mail	sozialamt@ingolstadt.de	
Datum	11.11.2019	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Finanz- und Personalausschuss	28.11.2019	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Verlängerung des Dienstleistungsvertrags mit der in-arbeit GmbH zur Verbesserung der Angebote zur Integration für dezentral untergebrachte Asylbewerber
(Referent: Wolfgang Scheuer)

Antrag:

Der seit dem 01.02.2018 bestehende Dienstleistungsvertrag mit in-arbeit zur Verbesserung der Angebote zur Integration für dezentral untergebrachte Asylbewerber, wird um ein weiteres Jahr verlängert, also bis zum 31.03.2021. Bei Bedarf kann er nochmals um ein Jahr verlängert werden.

gez.

Wolfgang Scheuer
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben 159.000	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 2020 436200.600500 2021: 436200.600500	Euro: 119.000 40.000
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

In seiner Sitzung vom 01.02.2018 hat der Finanz- und Personalausschuss dem Abschluss eines Dienstleistungsvertrags mit der in-arbeit GmbH zur Verbesserung der Angebote zur Integration für dezentral untergebrachte Asylbewerber zugestimmt. Als Vertragslaufzeit wurde 01.02.2018 bis 31.02.2019, mit einer einjährigen Verlängerungsmöglichkeit beschlossen.

Derzeit hat die Stadt Ingolstadt hat auf ihrem Gebiet immer noch 22 Unterkünfte angemietet in denen Asylbewerber untergebracht sind

Im Rahmen dieser dezentralen Unterbringung ist die Stadt für die Form der Unterbringung der Asylbewerber zuständig, aber auch für den Erhalt und die Pflege der Gebäude. Sie hat also dafür zu sorgen, dass die Bewohner sicher und zumutbar untergebracht sind.

Bei dieser Unterbringungsform ist die Stadt Ingolstadt nicht nur für die Unterkünfte, sondern auch für die dort untergebrachten Asylbewerber vollumfänglich zuständig. Sie hat damit auch die Aufgabe eine Integration der Asylbewerber vorzubereiten bzw. diese bei der Integration zu unterstützen.

Um eine Arbeitsaufnahme zu fördern, sollte diese Integration bereits vor dem Zuständigkeitswechsel ins Jobcenter beginnen. Dafür notwendig ist sprachliche, schulische und berufliche Bildung, bei der die Asylbewerber ständige Unterstützung benötigen.

Die Stadt Ingolstadt fördert, zusammen mit der Regierung von Oberbayern, speziell die Ausbildung in den Mangelberufen der Pflege. Im Rahmen des vorliegenden Dienstleistungsvertrags sollen die Asylbewerber hier besonders unterstützt, aber auch gefordert werden, um möglichst vielen die Erreichung des (Ausbildungs)Zieles zu ermöglichen.

Um die vorgenannten Aufgaben umzusetzen wurde mit der in-arbeit GmbH ein Dienstleistungsvertrag über die beschriebenen Tätigkeiten geschlossen. Dieser Vertrag läuft zum 31.03.2020 ab. Da die Aufgaben nach wie vor bestehen, soll der Vertrag um ein weiteres Jahr verlängert werden. Sollte sich die Situation dann nicht deutlich verändert haben, käme eine nochmalige Verlängerung in Frage.